



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung - am 06.12.2011 im Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Beratungsraum "Luckenwalde" (B2-1-02), Am Nuthefließ 2 in Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christin Menzel

Herr Klaus Hubrig

Herr Jörg Niendorf

Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent

Herr Holger Lademann, Beigeordneter und Dezernent

Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter

Frau Ilka Leistner, Kreisentwicklungsamt, Sachgebietsleiterin

Frau Michaela Teubner, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Amtsleiter

Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter

Gäste

Herr Ralf Kersten, Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus

Es fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner

entschuldigt

Herr Dr. Günter Stirnal

entschuldigt

Herr Günter Henkel

entschuldigt

Herr Dr. Ralf von der Bank

entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger
Herr Hartmut Rex
Herr Thomas Thiel

entschuldigt

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Vorstellung der Studie "Sportentwicklungsplanung als interkommunale Aufgabe - Handlungsempfehlungen für den Landkreis Teltow-Fläming"
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf
- 6 Fläming-Skate - Stand der Reparaturarbeiten
- 7 Flughafen BBI
- 8 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr **Habermann** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 32. Sitzung. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht verschickt worden ist. Die Niederschrift über die 31. Sitzung vom 01.11.2011 konnte leider erst am 01.12.2011 verschickt werden. Die Abstimmung darüber erfolgt daher in der 33. Sitzung.

Herr Habermann schlägt vor, den TOP 4 (Vorstellung der Studie „Sportentwicklungsplanung als interkommunale Aufgabe – Handlungsempfehlungen für den Landkreis Teltow-Fläming“) vorzuziehen. Dem Vorschlag wird einstimmig gefolgt.

TOP 2

Vorstellung der Studie "Sportentwicklungsplanung als interkommunale Aufgabe - Handlungsempfehlungen für den Landkreis Teltow-Fläming"

Herr **Gärtner** berichtet einleitend über den Anlass und den Verlauf der Studie. Ziel war eine interkommunal abgestimmte Sportentwicklungsplanung, die das gegenwärtige und künftige Sportgeschehen im Landkreis sowie den mittelfristigen und langfristigen Bedarf an Sportstätten und Sporträumen darstellt. Unterstützt wurde der Landkreis dabei durch die Univer-

sität (Uni) Potsdam und die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus. Vorgestellt wurde die Studie am 24.11.2011 durch Herrn Prof. Frank Schwartze (BTU Cottbus) dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und außerdem in zwei Veranstaltungen den Verwaltungen der Gemeinden. Den Bürgermeistern wurde die Studie bei der Bürgermeisterberatung des Landrates vorgestellt. Der Wunsch des Landkreises ist es jetzt miteinander darüber zu kommunizieren und zwar nicht nur in den Verwaltungen, sondern vor allem in der Politik. Der Landkreis möchte diese Aufgabe gemeinsam mit den Gemeinden vorantreiben. Daher wurde der Begriff Sportentwicklungsplanung auch durch den Begriff Handlungsempfehlung ersetzt. Herr Gärtner bittet Herrn Kersten um seinen Vortrag.

Herr **Kersten** bedankt sich für die Einladung und stellt sich dem Ausschuss vor als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Stadtplanung und Raumgestaltung der BTU Cottbus. Er möchte heute in Vertretung für Herrn Prof. Schwartze einige der Empfehlungen aus dem Bericht vorstellen. Der Lehrstuhl hat seit Mitte letzten Jahres an der integrierten Sportentwicklungsplanung des Landkreises Teltow-Fläming mitgearbeitet. Die BTU Cottbus hat den sportwissenschaftlichen Teil der Uni Potsdam um raumplanerische Aspekte ergänzt. Der Bericht liegt seit Mitte des Jahres vor. Über die komplette Fassung verfügt Frau Kaminski, die den Prozess auch von Anfang an begleitet hat. Die Kurzfassung wurde den Bürgermeistern vorgestellt.

Das Vorhaben war Teil des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) von 2009 bis 2011. Auch hier gibt es seit Mitte des Jahres einen Bericht als Werkstattpraxisheft 73, herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Der Landkreis Teltow-Fläming war dabei die einzige Institution, die auf dieser räumlichen Ebene eine modellhafte Untersuchung zu einer interkommunalen Sportentwicklung durchgeführt hat.

(Frau Menzel erscheint zur Sitzung um 17:15 Uhr.)

Herr Kersten berichtet im Weiteren anhand einer Präsentation über den Anlass, Prozess und Aufbau der Studie und über die Ergebnisse.

(Die Präsentation kann von den Mitgliedern des Ausschusses und sachkundigen Einwohnern bei Frau Teubner angefordert werden).

Die BTU Cottbus hat aufbauend auf die Ergebnisse der Uni Potsdam mit allen 14 Kommunen Gespräche geführt, insbesondere zu den aktuellen kommunalen Planungen. Hier wurden Vertreter aus den Ämtern Sport und Bauen, tlw. auch die Bürgermeister angesprochen und erste Ansätze für eine interkommunale Kooperation entwickelt. Die weitere Aufbereitung der Besprechungsergebnisse ließ dann auch erste Möglichkeiten von Kooperation und deren Vorteile erkennen. Weiterhin wurden insgesamt 500 Sportstätten nach Kategorien und räumlicher Verteilung abgebildet. Aufgrund dieser Analyse zeigten sich ein vielfältiges Sportangebot im Landkreis, aber auch Verknüpfungsmöglichkeiten regionaler und thematischer Art wie z. B. Sportangebote in Kombination mit Natur und Freiraum. Weiterhin wurde das regionale Verkehrsnetz analysiert, insbesondere die ÖPNV-Anbindung von Sportangeboten. Dabei wurden eine räumliche Diskrepanz zwischen dem Norden und dem Süden im Landkreis und das Problem in der Erreichbarkeit der Sportstätten im ländlichen Raum offenbar. Es zeichnete sich ein hoher Bedarf an gedeckten Sportstätten und ein deutlicher Überschuss an ungedeckten Sportstätten ab. Ebenfalls besteht Bedarf an der Qualifizierung und Modernisierung von Sportstätten. Mit diesen ersten Untersuchungsergebnissen wurde dann in den zwei „interkommunalen Werkstätten“ diskutiert. Teilnehmer waren wiederum die Kommunen aus dem Bereich Sport und Planung und auch die Bürgermeister. Die erste Werkstatt fand im Dezember 2010 statt und widmete sich der Frage, wie wir zukünftig die qualifizierten Sport- und Bewegungsangebote gemeinsam bedarfsgemäß ausbauen und sichern können. Ziel der zweiten Werkstatt am Anfang des Jahres war ein gemeinsames Leitbild und Handlungsfelder abzustimmen sowie Einzelmaßnahmen und auch Prioritäten zu diskutieren. Das räumliche

Leitbild betrachtet im Wesentlichen 3 räumliche Ebenen (Stadtumlandbeziehung, interkommunale Verflechtungen und regionale Ebene). Die drei herausgearbeiteten Leitsätze beziehen sich auf eine höherwertige Ausstattung der Mittelzentren (Ludwigsfelde, Luckenwalde, Jüterbog und Zossen), die Stärkung von zwei Kooperationsräumen („Südraum“ und „Ostachse“) und die Synergieeffekte, die zwischen den Themen Sport, Erholung, Tourismus und Medizin verstärkt genutzt werden sollten. Als nächster Schritt wurden die kommunalen Handlungsempfehlungen für alle 14 Kommunen in Datenblättern zusammengefasst und allen Kommunen zur Verfügung gestellt. Die Inhalte der Datenblätter sind z. B. konkrete Maßnahmen, Bedarfe, Prognosen, Lage und Erreichbarkeit der Sportstätten. Die Handlungsfelder (Erreichbarkeit, Qualifizierung, Vielfalt) wurden an Beispielen dargestellt.

Herr Kersten merkt an, dass die Empfehlungen der Sportentwicklungsplanung eine kommunale Arbeitshilfe für die kommunalen Planungen sind und als gewisse Argumentationshilfe dienen. Sie ist keine Planung, die von oben aufgesetzt ist, sondern eine Planung die mit und durch die Kommunen selbst erstellt wurde. Die Umsetzung liegt sicherlich in der Hand der Kommunen selbst. In Brandenburg wurde erstmalig der Weg einer interkommunal abgestimmten Planung gegangen. Mit dieser integrierten Betrachtung hat man auch gute Chancen bei der Beantragung von Fördermitteln.

Herr **Habermann** bedankt sich bei Herrn Kersten für seinen Vortrag.

(Herr Hubrig und Herr Ertl verlassen die Sitzung um 17:30 Uhr.)

Herr **Gärtner** bittet ein paar ergänzende Worte machen zu dürfen. Er weist darauf hin, dass die vorgestellte Studie demnächst auf der Internetseite des Landkreises Teltow-Fläming veröffentlicht wird. Der erste Teil der Uni Potsdam ist bereits im Netz. Das Werk ist zu umfangreich, als dass man es für alle kopieren und verteilen könnte. Mit dieser Planung wurde eine gewisse Grundlage geschaffen; das ist erst der Anfang des Prozesses. Jetzt sollten sich alle Gemeinden damit auseinandersetzen und miteinander kommunizieren. Stark unterstützt wurden wir auch vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) des Landes Brandenburg, insbesondere durch Herrn Tomisch. Dieser hat deutlich gesagt, dass später bei der Frage einer Förderung ganz entscheidend sein wird, dass diese Maßnahmen in einer solchen Studie Stand gehalten haben, interkommunal diskutiert und die Notwendigkeit als solche festgestellt wurde. Wenn wir diesen Prozess jetzt mit den Gemeinden weiter fortführen, kann das im Endeffekt für die einzelnen Gemeinden nur von Vorteil sein.

Herr Gärtner informiert in diesem Zusammenhang über die zum Jahreswechsel geplante Umsetzung von Frau Kaminski zum Dezernat V von Herrn Bührendt. Alle Aufgaben rund um den Sport sollen nun in einer Stelle mit Frau Kaminski gebündelt werden.

Herr **Habermann** kritisiert, dass dieses Konzept zu sehr auf die Mittelzentren ausgerichtet ist. Er befürchtet, dass die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow oder andere Gemeinden bei der Sportförderung so hinten runter fallen könnten. Die Gemeinden fühlen sich da vernachlässigt. Hier sollte die gesamte Daseinsfürsorge berücksichtigt werden.

Des Weiteren zeigt sich Herr Habermann irritiert, was die Auswertung der Befragung der Bürger betrifft, z. B., dass Schwimmen ganz vorn steht. Er hätte eher vermutet, dass der Fußball die wichtigste bzw. beliebteste Sportart ist. Blankenfelde-Mahlow hat beispielsweise 27 Mannschaften im Spielbetrieb. Außerdem erwähnt er den für die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow beispielhaften Natursportpark und Bogensport.

Herr **Niendorf** fragt nach, ob mehr der Leistungssport oder Breitensport betrachtet wurde und ob bei der Aufstellung der Maßnahmen die Sinnmäßigkeit überprüft wurde.

Worauf Herr **Gärtner** antwortet, dass durch die Untersuchung der Uni Potsdam und deren Bevölkerungsbefragung mehr der Breitensport betrachtet wurde.

Er führt weiter aus, dass sich leider nicht alle Kommunen beteiligt haben, so auch die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, weil diese eine eigene Sportstättenentwicklungskonzeption hat. Daher sollte die hier vorgestellte Planung auch im politischen Raum in den Gemeinden diskutiert werden. Die bisher niedergeschriebenen Wünsche und Vorstellungen sind das Ergebnis der beiden Werkstattveranstaltungen. Die Politik und die Abgeordneten haben sich damit noch nicht befasst.

Herr Gärtner möchte wissen wie der Ausschuss jetzt damit weiter umgehen möchte. Er schlägt vor, nach der Sommerpause im nächsten Jahr das Thema noch einmal aufzurufen.

Herr **Habermann** bedauert in diesem Zusammenhang, dass Herr Rex heute nicht anwesend ist, denn er hatte mehrmals diese Veranstaltung angemahnt durchzuführen.

Frau **Menzel** möchte wissen, welche Vertreter an diesen „Werkstätten“ teilgenommen haben, um einen entsprechenden Ansprechpartner zu haben.

Worauf Herr **Gärtner** sich bereit erklärt, eine Aufstellung der Teilnehmer zusammenzustellen. Leider hatten, wie schon erwähnt, nicht alle Gemeinden an diesen „Werkstätten“ teilgenommen. Das war auch der Anlass für den Landrat, das Thema in seiner Dienstberatung mit den Bürgermeistern zu behandeln, um das Bewusstsein zu wecken.

Frau **Löning** bemerkt, wenn die Unterlagen vorliegen, können diese ja zunächst innerhalb der Fraktionen bearbeitet und anschließend in der Gemeindevertretung besprochen werden.

TOP 3

Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Habermann** bittet die Verwaltung kurz um einige Erläuterungen hinsichtlich der ihm heute übersandten Unterlagen zur Querschnittsprüfung der unteren Bauaufsichtsbehörden in den Landkreisen des Landes Brandenburg.

Herr **Gärtner** teilt mit, dass der Bericht des kommunalen Prüfungsamtes, der Prüfvermerk und auch eine Stellungnahme der Kreisverwaltung am 12.12.2011 dem Kreistag als Informationsvorlage (4-1096/11-LR) vorliegen werden. Die Unterlagen wurden an alle Abgeordneten verschickt. Ihm persönlich ist nicht nur das Ergebnis der Prüfung des Innenministeriums wichtig, sondern auch die Frage wie man jetzt damit umgeht und was man tun will.

Herr **Jurtzik** informiert, dass hauptsächlich die Aufgabenerfüllung und deren Entwicklung aufgrund veränderter Rahmenbedingungen für den Zeitraum von 2003 bis 2009 betrachtet wurden. Ziel dieser Prüfung war es, auf vergleichbarer Basis, Erkenntnisse über die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung zu gewinnen und auf der Grundlage vergleichbarer Grunddaten Kennziffern zu ermitteln. Den Landkreisen wird damit ermöglicht, Auffälligkeiten und Schwachstellen zu erkennen, deren Ursachen und Zusammenhänge zu analysieren und Maßnahmen zu deren Beseitigung vorzunehmen.

Herr Jurtzik erläutert die Gründe, die dem ersten Anschein nach zu diesem schlechten Abschneiden für den Landkreis Teltow-Fläming führten. Für ihn ist es im Wesentlichen ein statistisches Problem. Bei der Querschnittsprüfung handelt es sich um eine rein quantitative Erhebung. Die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit bleibt hierbei unberücksichtigt. Eine intensive Beratung der Bauherren z. B. ist uns immer wichtig, betont Herr Jurtzik, fließt in diese Bewertung so jedoch nicht ein. Das führt dazu, dass Verfahren gut funktionieren. Die geringeren Einnahmen resultieren aber auch z. B. aus einem Rückgang der Bautätigkeit in den letzten Jahren. Darüber hinaus waren im Jahr 2009 noch einige Personalstellen mehr be-

setzt. Inzwischen sind einige Mitarbeiter aus verschiedenen Gründen aus dem Dienst ausgeschieden. So stehen wir als Landkreis heute schon wesentlich besser da und das wird sich auch fortsetzen.

Herr **Habermann** möchte wissen, welche Rückschlüsse der Kreis für sich aus diesem Vergleich ziehen kann.

Die Organisation der Behörden ist unterschiedlich, erklärt Herr **Jurtzik**. Die untere Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Teltow-Fläming bearbeitet z. B. alles selbst und übernimmt so auch die Rechtsvertretung bei den Gerichten. In anderen Landkreisen gibt es dafür Rechtsämter. Teilweise werden auch schon Widerspruchsverfahren in Rechtsämtern bearbeitet. Die Kosten schlagen sich dann natürlich auch im Rechtsamt nieder und nicht in der unteren Bauaufsicht.

Herr **Gärtner** findet die Stellungnahme der unteren Bauaufsicht nachvollziehbar und kann diese nur unterstützen. Ihm ist wichtig, einen Mittelweg zu finden, zwischen Quantität und Qualität der Arbeit. Aus der Stellungnahme geht hervor, wie die Kreisverwaltung damit zukünftig umgehen will. Für uns ist diese Prüfung insofern hilfreich, weil wir den Vergleich zu den anderen Landkreisen haben und weil wir nun auf das Ergebnis reagieren können. Das haben wir jetzt getan und müssen das auch für die Zukunft weiter verfolgen.

Für Herrn **Habermann** ist entscheidend, wie die Kommunen und Investoren durch die untere Bauaufsicht beraten werden. Ihm ist wichtiger, dass z. B. bei dringenden Vorhaben die Behörden miteinander unkompliziert zusammenarbeiten. Daher zählt für die Investoren und die Kommunen auch nicht die schlechtere Statistik, sondern eher die Art und Weise der Zusammenarbeit. Das mag möglicherweise in einer solchen Statistik nicht zum Ausdruck kommen.

Herr **Jurtzik** erklärt sich bereit, im Falle von weiteren Fragen zu den ausgereichten Materialien im Ausschuss erneut Auskunft zu geben.

Herr **Habermann** erkundigt sich nach weiteren Mitteilungen der Verwaltung.

Herr **Lademann** berichtet über eine aktuelle Information vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, dass am 07.12.2011 ein Fördermittelbescheid für den neuen Haltepunkt Struveshof in Ludwigsfelde ausgereicht wird. Der alte Bahnhof Genshagener Heide ist schon längere Zeit außer Betrieb und wird durch den neuen Haltepunkt Struveshof, etwa 2 km weiter westlich, ersetzt. Die Investitionssumme beträgt insgesamt 4 Mio. Euro. 2,6 Mio. Euro Förderung werden für die Gestaltung des Bahnhofsumfeldes wie Pkw-Stellplätze, überdachte Fahrradständer, Aufenthaltsbereiche für Fahrgäste, Bushaltestellen etc. zur Verfügung stehen.

TOP 4 **Anfragen der Abgeordneten**

Seitens der Abgeordneten werden keine Anfragen gestellt.

TOP 5 **S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf**

Herr **Habermann** informiert vorab, dass der TOP heute leider nicht so umfassend behandelt werden kann. Er betont die Wichtigkeit der Durchführung der Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU), um nachzuweisen, dass der Faktor größer 1 entsteht. Erst dann kann eine bereits mehrfach durch den Staatssekretär Herrn Ferlemann zugesicherte Förderung durch das

Bundesverkehrsministerium erfolgen. Allerdings muss das Bauvorhaben bis 2013 auf den Weg gebracht sein. Er möchte daher, dass der Landkreis diese Untersuchung unterstützt. Aufgrund der jetzt anstehenden Haushaltsdiskussion ist es allerdings auch schwierig zu sagen, ob es nur eine moralische Unterstützung wird oder ob sich der Landkreis neben den Kommunen Rangsdorf und Blankenfelde-Mahlow an den Kosten beteiligt. Ihm war es jedenfalls wichtig, den Landrat und auch diesen Ausschuss heute noch einmal darauf hinzuweisen.

Herr **Lademann** hält eine moralische Unterstützung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr für ausreichend. Die NKU muss erfolgen. Er berichtet über zwei Angebote, die bei ungefähr 45.000 Euro liegen. Das Geld muss zusammen kommen, damit die NKU gefertigt werden kann und anschließend im Ergebnis herauskommt, dass der Faktor größer 1 ist. Er selbst sieht da keine Probleme, da damals noch nicht alle Faktoren berücksichtigt wurden, wie beispielsweise der Einwohnerzuwachs in der Gemeinde Rangsdorf.

TOP 6 **Fläming-Skate - Stand der Reparaturarbeiten**

Herr **Weiber** berichtet, dass in diesem Jahr für die Instandsetzung der Fläming-Skate 297.000 Euro eingesetzt werden. Die Ausschreibungen erfolgten im Spätsommer; derzeit finden die Bauarbeiten statt. Geplant waren diese im Herbst zu beginnen und im Frühjahr 2012 zu beenden. Aufgrund der guten Witterung konnten aber bereits auf dem großen RK1 insgesamt 1,6 km fertig gestellt werden. Bei weiterhin so günstiger Witterung rechnet er sogar mit einem Abschluss der gesamten Bauarbeiten bis zum Jahresende.

Herr **Habermann** erkundigt sich, ob aus der Schadensbeseitigung Erkenntnisse gewonnen werden konnten, z. B. wegen der Wurzeln.

Herr **Weiber** informiert, dass bei den jetzigen Maßnahmen auf den meisten Strecken ein grundhafter Ausbau vorgenommen wurde. Die Wurzeln wurden nicht nur gekappt, sondern auch herausgezogen. Der letzte Abschnitt von Wahlsdorf nach Prensendorf wird momentan fertiggestellt. Dann haben wir 235 km Fläming-Skate. Die Bedarf natürlich auch einer ständigen Instandhaltung. Es ist nicht auszuschließen, dass es erneute Wurzelschäden geben wird, aber durch den jetzigen Aufbau und durch neue Methodik (z. B. durch Seitenversiegelung, Einbau von Wurzelschutz) geht er davon aus, dass solche Schäden nicht so schnell wieder auftreten. Die meisten Schäden werden durch Pappeln und Robinien verursacht.

Herr Weiber berichtet von einem neuen Verfahren, bei dem die jungen Triebe der Blätter mit Gift eingepinselt werden und dadurch wirksam die ganze Pflanze bis in die Wurzel abgetötet wird. Das wurde bereits zusammen mit einer Firma getestet. Zukünftig ist geplant, dass zwei Mitarbeiter des Bauamtes dieses Verfahren selbst anwenden. Diese nahmen dafür bereits an einer Ausbildung teil. Da ein kontinuierlicher Bedarf besteht, ist das wesentlich effektiver als wenn ein- oder zweimal im Jahr eine Firma beauftragt wird, was zudem auch teurer ist. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Genehmigung. Im Sommer wurde der Antrag gestellt, dieses Verfahren selbst durchführen zu dürfen. Herr Weiber rechnet bis zum Frühjahr 2012 mit der Genehmigung.

Herr **Habermann** möchte wissen, was die untere Naturschutzbehörde dazu sagt.

Die untere Naturschutzbehörde begleitet natürlich dieses Verfahren und ist mit einbezogen, antwortet Herr **Weiber**. Das Verfahren wird auch nicht bei großen Bäumen angewendet, um Platz zu machen, sondern es sollen weitere Triebe verhindert werden.

Herr **Niendorf** fragt nach, ob die Triebe nicht auch gespritzt werden können. Einpinseln erscheint ihm doch sehr aufwendig zu sein.

Herr **Weiber** begründet dies damit, dass das angewandte Gift sehr teuer ist und ein gezielter Einsatz somit kostengünstiger. Außerdem müssen die Anwendervorschriften eingehalten werden, um die gewünschte Genehmigung zum Giften zu erhalten.

TOP 7 **Flughafen BBI**

Herr **Habermann** rechnet mit der Bekanntgabe der Flugrouten erst ab 26.01.2012. Auch in der Sitzung der Fluglärmkommission am 14.11.2011 wollte sich das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung hierzu nicht vor dem 26.01.2012 äußern.

Ein viel wichtigeres Thema ist im Moment aber die Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen, betont Herr Habermann. Am 30.11.2011 fand im Bürgerhaus Dahlewitz eine Beratung mit Frau Ludwig und Herrn Lange von der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH statt (ab 01.01.2012 umfirmiert in Flughafen Berlin Brandenburg GmbH). Dort wurde berichtet, dass 25.500 Wohnungseinheiten mit Schallschutz versehen werden müssen, momentan liegen 16.400 Anträge vor. Frau Ludwig teilte mit, wer bis ein Jahr vor der Inbetriebnahme (also am 03.06.2011) einen Antrag gestellt hat, bekommt Schallschutz bis zum Inbetriebnahmetermin des Flughafens. Von den 16.400 Anträgen sind 14.750 an die Ingenieurbüros vergeben, die vom Flughafen eingesetzt sind. Es wurden insgesamt 11.500 Kostenerstattungsvereinbarungen versandt. Allerdings gibt es bisher erst 3.129 beidseitig unterschriebene Kostenerstattungsvereinbarungen. Ein Problem ist auch, dass der Flughafen von den Regelungen aus dem Planfeststellungsbeschluss - Maximalpegel in Wohnräumen 55 dB(A) bei geschlossenen Fenstern (Tagschutzgebiet) - abweichen will. Der Flughafen hat daraus eine Nat-Regel (Maximalpegelhäufigkeitskriterium) 6 x 55 dB(A) gemacht. Dieses Thema ist dringend noch zu klären.

Herr **Gärtner** berichtet von dem Gespräch der unteren Bauaufsicht des Landkreises Teltow-Fläming, des Landkreises Dahme-Spreewald sowie Herrn Lange und Frau Ludwig. Dabei ging es um problematische Fallkonstellationen, die im Rahmen der Honorarvereinbarung abgearbeitet werden müssen. In der MAZ war zu lesen, dass ungefähr 500 bis 600 Wohneinheiten abgearbeitet sind. Es bleiben also noch 25.000 Wohneinheiten. Dabei ist jeder Fall ein Einzelfall. Herr Gärtner befürchtet noch einen weiteren Anstieg beim Beratungsbedarf. Frau Köppen leistet im Beratungszentrum in Mahlow eine wirklich gute Arbeit; sie wird momentan aber regelrecht überrannt. Der Landkreis hatte außerdem zu diesem Zweck ein Büro beauftragt. Die Beratung durch Herrn Dr. Volz wurde mittlerweile von einem Tag auf drei Tage pro Woche erhöht. In Anbetracht der Tatsache, dass noch 25.000 Verfahren offen sind, würde es ihn nicht wundern, wenn da auch noch mal aufstockt werden muss.

Herr **Habermann** teilt mit, dass Herr Lange und Frau Ludwig auf seine Frage, ob ein Bürger, der unverschuldet den Antrag rechtzeitig stellt (ein Jahr vor der Inbetriebnahme), aber seinen Schallschutz bis zur Inbetriebnahme nicht bekommt, eine Lärmrente(-entschädigung) erhält, keine Bemerkung machten.

Das ist nicht deren Entscheidungskompetenz, merkt Herr **Gärtner** an. Darüber wird in der Staatskanzlei, Senatskanzlei usw. debattiert.

TOP 8 **Sonstiges**

Es werden keine weiteren Belange vorgetragen.

Herr Habermann schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Datum: 05.01.2012

Habermann
Vorsitzender

Teubner
Schriftführerin